

Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.
frei ins Haus geliefert; durch die Post im inländischen
Verkehr M. 4.85 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile über deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklameweilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 22.

Nr. 25

Samstag, 31. Januar 1920

Jahrgang 54

Sonntagsgedanken.

Brüden bauen.

Ueber den Abgrund von Leid laßt uns Brüden bauen
von goldnem Vertrauen!
Daß Liebe leise hinüberschreite
und Wege bereite.
Mein Bruder in Schmerzen, meine Schwester im Leide:
sie ruft uns beide!

Marie Sauer.

Wochenrundschau.

Am 27. Januar war der 61. Geburtstag des früheren Kaisers Wilhelm II. Kein prunkvolles Fest verherrlichte den Tag, wie es sonst üblich war. Umgeben von wenigen Mitgliedern der Familie, darunter die treue Lebensgefährtin Kaiserin Auguste Viktoria, und einigen Männern, die ihm in die Einsamkeit gefolgt sind, feierte der Kaiser in dem einfachen Schloßchen Amerongen den Tag. Er fand seine Freude darin, unter den Armen und Verlassenen des Orts eine Geldspende verteilen zu lassen, ihm selbst aber widmete das gastliche Land ein Geschenk, wie es schöner noch nie gegeben wurde. Das kleine Holland hat das Begehren des mächtigen Verbands, dem Kaiser ihm zur Aburteilung auszuliefern, mit höchstvoller Würde abgelehnt. Das Recht und die nationale Ehre, hieß es in der Note an den Verband, verbieten es Holland, das Gastrecht zu brechen. Der Verband sei Partei und kein Richter; die „höhere internationale Politik“, zu deren Ehren die Verbündeten, wie sie sagen, das Verfahren gegen Wilhelm II. betreiben, habe für Holland erst dann Bedeutung, wenn durch den Völkerverbund eine internationale Rechtsprechung geschaffen sei. Die Geiseln, gegen die der Kaiser verstoßen haben sollte, bestehen bis jetzt gar nicht. Holland hat die Entente mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Die Ablehnung mochte den Alliierten nicht ganz unerwartet gekommen sein, aber gewirmt hat sie's doch. Lloyd George und der gewesene Clemenceau stehen mit der Auslieferungsforderung so ziemlich allein. Das konnten sie aufs neue merken an der zustimmenden Aufnahme, die der mutige Schritt Holland in der ganzen Welt fand. Bemerkenswert ist vor allem, daß die amerikanische Presse die kleinliche Realpolitik gewisser Leute derb abfanzelte und daß das Organ des Vatikans, der „Osservatore Romano“, die nicht mißzuverstehende Frage erhob, ob denn Italien sich an der „Ungehörlichkeit“ beteiligt habe. Aber was nun machen? Die Neutralität Hollands kann man jetzt, da „Frieden“ ist, nicht mehr verlangen, ist man doch angeblich zur Verteidigung der Neutralität Belgiens 1914 in den Krieg gezogen. Die Nachricht, man wolle nun Deutschland zwingen, die Auslieferung zu verlangen, ist wohl nur ein sonnanter Kaiser gewesen. Man wird also die diplomatische Niederlage wohl hinnehmen müssen. Es ist nur ein schlecht verdecktes Rückzugsgesicht, wenn jetzt mit großen Worten verkündet wird, Holland werde veranlaßt werden, den Kaiser zu „internieren“ d. h. ihn in die Mauern seines Schloßgartens einzusperren. Es kommt darauf an, ob Holland das tun will. Und wenn es nicht will, so kann Lloyd George gar nichts machen. Lloyd Georges Stellung beginnt ohnedies aufs neue zu wanken. Die englische Arbeiterpartei, die zusehends erstarbt und ein Machtfaktor im öffentlichen Leben wird, hat ihm die schon lange sehr locker gewordene Freundschaft förmlich gekündigt; der Arbeiterführer Barnes ist aus dem vielgestaltigen Koalitionskabinett Lloyd Georges ausgetreten. Der Wahlkampf gegen Deutschland und gegen den Bolschewismus zieht nicht mehr in England. Das merkt der gewandte Lloyd George wohl, daher möchte er jetzt gern mit den Bolschewisten anbandeln, „Handelsgeschäfte machen“ mit der einen Hand und den Krieg fortsetzen mit der andern. Auch Deutschland gegenüber soll er geneigt sein, andere Saiten anzuschlagen; man kann nicht wissen, ob man die deutschen Soldaten, die man eben wieder aus dem Vaterland hinausgeworfen hat, nicht noch einmal gegen die Bolschewisten braucht, die sich eben anschicken, mit den Polen eine Rechnung ins Reine zu bringen. Aber die Völker von Mittel- und Ost-Europa, von Vorder- und Mittel-Asien müßten von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie von dem Doppelspiel

des schänen Wallisers sich beiden ließen und noch einmal für Großbritannien die Kasanien aus dem Feuer holen würden. Die Finger haben sie sich schon mehr als genug verbrannt.

In Deutschland hat man die mutige, eheliche Tat Hollands mit dankbarer Freude begrüßt; uns ist eine Zentnerlast vom Herzen gefallen. Wenn die deutsche Politik im letzten Jahrzehnt nur halb so klar und so fest gewesen wäre, wie die Hollands, es stünde heute anders um das Reich. Uns drücken schwere Sorgen. Es soll nicht die Rede sein von dem Friedensvertrag, von dem schmerzlichen Abschied der von unserer Seite gerissenen Volksgenossen, von den schmachvollen Vorgängen in den sogenannten Abstimmungsgebieten, wo mit allen unerlaubten Mitteln die deutschen Interessen jetzt schon verletzt werden, um ein uns ungünstiges Abstimmungsresultat zu erzielen. Die Sorge um das liebe Brot tritt wieder in den Vordergrund. Die Vorräte reichen nicht mehr lange, sie müssen gestreckt werden. Zunächst wird das Getreide wieder kriegsmäßig, auf 90 Prozent, ausgemahlen, und dann in absehbarer Zeit wird auch die Tagesration herabgesetzt werden, wenn es schon heißt, eine solche Maßnahme erweise vorläufig als nicht notwendig. Kommen wird sie doch. Das ließe sich aber noch tragen, wenn die Erzeugung der Lebensmittel durchaus sicherzustellen wäre. Der Mangel an Kraftfutter und nichtig an Kohlen stellt sie aber in Frage. Außerdem

meißt man mehr und mehr zu der Ansicht, daß das bisherige Prämiensystem der Reichsregierung zur Steigerung der Produktion verfahe und daß dem von landwirtschaftlicher Seite verlangten System der Ablieferungserträge mit auskömmlichen Preisen der Vorzug zu geben sei. Das Prämiensystem hat den verberlichen Schleichhandel nicht beseitigt, sondern eher gefördert. In einem Land ohne ausreichende Rohstoffe und ohne genügende Eigenerzeugung kann man sich eben nicht durch Verordnungen den Gegebenen des Weltmarktes entgegenstellen. Deutschland ist aber gezwungen, seine landwirtschaftliche Erzeugung auf das möglichste hohe Maß zu steigern, denn es kann wegen seiner Vorkata mit Geld vom Ausland kaum mehr etwas kaufen. Wenn wir noch etwas vom Ausland haben wollen, müssen wir es gegen Waren eintauschen. Eine solche Ware ist z. B. jetzt das Silber in unseren früheren schönen Silbermünzen geworden, und dieses Silber fließt täglich in Millionenwerten ins Ausland, besonders nach England ab. Die Silberstieber, innerhalb und außerhalb des Reichs verdienen Riesensummen. Das Silber wird immer rarer und bald wird die Silbermark mit 20 Papiermark bezahlt werden, jetzt schon kostet sie 12 bis 14 Mark. Auch die Reichsbank zieht jetzt das Silber ein, um einen Grundstock zu schaffen, mit dem die ausländischen Lebensmittel gekauft werden sollen. Da sie aber kaum die Hälfte des Silberpreises bezahlt, wird der Erfolg nicht eben groß sein. Die Papiermark hat fast gar keinen Wert. In voriger Woche galt sie an den Schweizer Börsen noch etwa fünf Pfennig, jetzt ist sie auf vier Pfennig, den fünfundschwanzigsten Teil ihres Nennwerts hinabgeglitten und sie wird weiter hinabgleiten. Die Gründe haben wir schon öfters berührt, ein Hauptgrund ist die sorgloseste Massenfabrikation von Papiergeld. Ehe diese nicht aufhört, kann von einer Besserung des Markturzes keine Rede sein. Die Papiergeldfabrikation aber kann nur eingestellt werden, wenn — gespart und außerordentlich gearbeitet wird. Statt dessen erleben wir Forderungen der Herabsetzung der Tagesarbeit auf 6 Stunden bei einem Tageslohn von 40 Mark. Ein Streik folgt dem andern. Die neuen Eisenbahntarife und Beamtengehälterverhöhungen und Zulagen erfordern Milliarden — alles in neuem Papiergeld. Wie solls da besser werden? Dabei stehen sich in den Ländern mit hohen Geldkursen die Waren, die von den Völkern mit sinkender Währung nicht mehr gekauft werden können. Dauert dieser Zustand an, so müssen Industrie und Handel auch in jenen anderen Ländern in Schwierigkeiten kommen. Das ist die große Gefahr, die jetzt die ganze Weltwirtschaft bedroht.

Leider ist zu Beginn der Woche wieder eine Tat verübt worden, die Deutschland nicht zur Ehre gereicht. Der Anschlag auf den Reichsfinanzminister Erzberger in Berlin. Der Dolch und der Revolver als Waffen des politischen Kampfes gehören glücklicherweise in Deutschland zu den Seltenheiten, die nur ausnahmsweise in einer Zeit hochaufrührer Leidenschaft das, af-

fentliche Leben aufregen. Das politische Attentat bleibt ein Verbrechen, was auch seine Beweggründe sein mögen. Die Kugel des jungen Gymnasiasten Hirschfeld hat den Minister schwerer verletzt, als man anfänglich vermutete, doch ist nach der Aussage der Ärzte unmittelbare Lebensgefahr nicht vorhanden und es ist zu hoffen, daß die kräftige Natur des Ministers Erzberger ihn die allerdings sehr schmerzhaften Verwundungen überleben läßt.

Derburg über Finanz- und Steuerpolitik.

Berlin, 30. Jan. In einer Versammlung des Hansabunds erklärte Dr. Derburg, in Deutschland seien die Grundlagen für eine gesunde Finanzpolitik nicht gegeben. Unsere ganze Wirtschaft leide vom Ausverkauf und vom Kredit. Privater Eigentum und minderwertige Moral plündern mit Hilfe der Entente Deutschland aus. Das dies aber nur geschehen könne durch Veschlichheit und Not bei dem Beamtentum, das sei das Schmerzliche an der Sachlage. Das Kennzeichen der neuen Steuerpläne der Regierung sei das Zerbrechen aller großen Vermögens und der Abbau aller höheren Einnahmen; aber solange das Kapital noch eine bisher unerfüllte Funktion habe, sei bei der mäßigen Lage, in der unser Land sich befindet, diese Gesetzgebung ein gewagtes Experiment. Die Reichseinkommensteuer werde unter Umständen eine sehr kurze Ueberbrückung in bester Weise bringen, daß sie über die Schätzung von 7 1/2 Milliarden Ergebnis hinausgehen werde. Aber das sei nur ein Lustgebäude. Bei fast allen auf Personalsteuern beruhenden Vorlagen sei in Bezug auf sozialen Sinn des Guten zu viel getan. Aus sozialen Gründen könne man eine Wirtschaft tot steuern. Darin verjage die Führung der Sozialdemokratie gänzlich. Die Politik der Entente nannte Derburg falsch und töricht. Es müsse unsere erste Aufgabe sein, den Friedensvertrag abzuändern. Im Interesse der anderen Mächte liege es, uns dabei hilfreiche Hand zu leisten, denn die ökonomische Welt sei ein Ganzes.

Neues vom Tage.

Der Zustand in den Betriebswerkstätten.

Berlin, 30. Jan. In der preussischen Landesversammlung wurde von Regierungsseite mitgeteilt, im Jahre 1919 seien 1162 neue Lokomotiven in 16000 erhöht worden. Die Arbeiterzahl sei von 70000 auf 120000 erhöht worden. Trotzdem sei die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven ständig geblieben. In den letzten Wochen seien 500 Lokomotiven mehr in die Werkstätten zur Ausbesserung heringekommen als hinausgegangen. Am 11. Januar seien nicht weniger als 10797 Lokomotiven d. h. über 47 Prozent ausbesserungsbedürftig gewesen. Wenn diese Zustände im neuen Jahr fortbauern würden, könnten wir uns nicht mehr aufraffen.

Der Krieg im Osten.

Helsingfors, 30. Jan. Ein bolschewistisches Heer bringt gegen Galizien vor. Die polnische Front bei Bodoisk wurde in einer Breite von 80 Kilometer durchbrochen.

Paris, 30. Jan. Die Blätter melden, daß Admiral Poitica auf Befehl des französischen Generals Janin verhaftet worden sei. Nach dem „Temps“ hat Millerand von General Janin telegraphisch Erklärungen verlangt und ihn aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zur Befreiung des Admirals zu ergreifen.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 30. Jan. Bei Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Baumbach entwickelte sich eine längere Aussprache über die Frage, ob es möglich sei, den Prozeß bis zur Wiederherstellung des Reichsfinanzministers hinzuziehen. Geh. Justizrat Dr. v. Gordon erklärte, die behandelnden Ärzte rechnen mit der Möglichkeit des Wiedererscheinens des Ministers vor Gericht am Montag in acht Tagen. Der Vorsitzende will in diesem Fall versuchen, die Verhandlungen solange hinzuziehen. Daraus wurde das Zeugverhör fortgesetzt und zunächst der Fall „Ostropa“ behandelt. — Bereits heute wurde jeder, der in den Sitzungssaal Einlaß begehrte, genau nach Waffen untersucht. Alle Waffentragenden wurden ausnahmslos auf das strengste untersagt wurde die Kartenkontrolle auf das strengste gehandhabt.



Die Gefahren für die Volksernährung.

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Caro-Berlin.
Die Lebensmöglichkeit des deutschen Volks ist von der Lösung der Aufgabe durch die deutsche Landwirtschaft abhängig, für die Ernährung von Mensch und Vieh ge-

nügende Nahrungs- und Futtermengen zu erzeugen. Die Verschlechterung des Werts der Reichsmark im Ausland macht es für lange Zeit unmöglich, Nahrungs- und Futtermittel außerhalb Deutschlands in ausreichender Menge einzukaufen. Die Hungerblockade wird, trotzdem sie an sich aufgehoben ist, erst dann ihre Hauptwirkung ausüben, wenn der Landwirtschaft nicht die Möglichkeit gegeben wird, diese Aufgabe zu lösen.

Es gehört hierzu zweierlei: die Beseitigung von Ausnahmestimmungen für die Landwirtschaft, welche sie gewaltig außerhalb der allgemein gültigen Wirtschaftsregeln stellen, und ferner die Erhöhung der Menge derjenigen Hilfsstoffe, die zur Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig sind.

Es ist ein Übel, von der Landwirtschaft zu verlangen, daß sie ihre Erzeugnisse billiger zu verkaufen soll, als sie sie erzeugen kann. Die bestehende Landwirtschaft verkörpert ein solches Verlangen und deshalb mit den unheilvollsten Folgen der Produktionsverknüpfung. Ein Beispiel sei gegeben: Die Verhältnisse des Herbstes brachte es mit sich, daß die Herbstbestellung mit der Kartoffelernte zeitlich zusammenfiel. Die für Kartoffeln festgesetzten Preise sind, trotz Frühprämien, in den meisten Fällen unzureichend, um die außerordentlich gestiegenen Kosten der Herstellung und Abfuhr zu decken. Ist es da den Landwirten zu verdenken, wenn sie unter solchen Umständen die wichtigsten Arbeiten der Herbstbestellung zuerst verrichten und dann erst, nach und nach die Kartoffeln hinausgeschaffen? Das Reichswirtschaftsministerium, das zugleich Reichsernährungsministerium ist, versucht nun, den Bankrott der Kartoffelwirtschaft dadurch zu retten, daß es den Landwirten, welche rechtzeitig ablefern, als besondere Prämie den Bezug von Stickstoffdünger ermöglicht. Es soll auf 100 Kilo. Kartoffeln 1 Kilo. schwefelsaures Ammoniak (entsprechend 200 Gramm Stickstoff) gegen Höchstpreis geliefert werden, d. h. nur ein geringer Bruchteil der für die entsprechende Anbaufläche benötigten Menge.

Ein anderes Beispiel: Der Mehrertrag bei Anwendung von Stickstoff beträgt rund 20 Tonnen Getreide auf eine Tonne Stickstoff. Eine Tonne Stickstoff kostet zurzeit rund 6000 Mark. Zur Erzielung der angegebenen Ertragssteigerung sind aber noch Kali und Kalk notwendig, so daß die Ausgaben rund 9000 Mark ohne Berücksichtigung der außerordentlich hohen Unkosten für Phosphorsäure, Erntelohn usw. betragen. Die Einnahmen aus 20 Tonnen Roggen betragen aber nur 8000 Mark. Ist es dem Landwirt zu verübeln, wenn er bei der Feldbestellung die Verwendung künstlichen Düngers unterläßt, ehe er nicht die volle Sicherheit hat, daß ihm die Preise der nächsten Ernte wenigstens einen ausreichenden Ersatz seiner Unkosten unter Berücksichtigung des mit der landwirtschaftlichen Erzeugung verbundenen Wagnisses bringen werden?

Die die Landwirtschaft beengende Zwangsbewirtschaftung muß eine Änderung erfahren. Eine volle Beseitigung derselben wird von keinem einsichtigen Landwirt und Volkswirt gefordert. Aber es muß dem Landwirt die Möglichkeit gegeben werden, nach Bedarf des Eigenbedarfs und Ablieferung einer bestimmten Pflichtmenge die erzeugten Mehrmengen frei und entsprechend den sich geltend machenden Bedürfnissen des wirtschaftlichen Naturgesetzes von Angebot und Nachfrage zu verwerten zu können. Es ist eine Nebenfrage, ob die abgelieferten Pflichtmengen nur bestimmten Verbrauchsklassen (Steuerzahlern bis zu 6000 M. Einkommen oder bergleichen) oder abgestuft allen Bevölkerungsschichten zu gewiesen werden sollen. Mögen die Preise für die freien Mehrmengen noch so hoch steigen, sie werden stets niedriger sein, als die Preise der im Schleichhandel erhältlichen Waren, welche zur ausreichenden Ernährung bei den jetzigen Nationen unumgänglich notwendig sind. Denn es kommt in Begleit das Risiko des Schleichhändlers auf diesem oder einem anderen zweckentsprechenden Markt muß die landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert werden, es darf keinen Tag länger ein Zustand bestehen, der notgedrungen zu einer weiteren Verminderung dieser lebenswichtigen Erzeugung führt, denn Gefahr ist in Bezug.

Die Wirkung der Beseitigung der allen Wirtschaftsgelegenheiten widersprechenden Ausnahmestimmungen für die Landwirtschaft kann aber naturgemäß nur dann erst eintreten, wenn der Landwirt genügend Rohstoffe für seine Betriebe erhält. Ohne solche ist auch der größte Anreiz und der beste Wille zur Produktionssteigerung nutzlos.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß Deutschland in der Lage ist, aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung sich mit der notwendigen Nahrung, wenn auch nicht mit Luxusmengen an Fleisch und Fett, zu versorgen, und daß dies, neben einer vollen freudigen Arbeit des Landwirts in erster Reihe durch genügende Zufuhr an künstlichen Düngemitteln geschehen kann. An Düngemitteln fehlt uns Phosphorsäure, deren Bezug auf dem Ausland ist teuer und ungenügend. Die deutschen Böden können aber bei der Zugbindung an Phosphorsäure, die vor dem Krieg getrieben wurde, noch jahrelang mit verhältnismäßig geringen Phosphorsäuremengen auskommen, wenn ihnen genügend Stickstoff, Kali und Kalk zugeführt werden, also Stoffe, die in weitaus ausreichenden Mengen in Deutschland erzeugt werden können.

Vor dem Krieg gebrachte Deutschland jährlich rund 200.000 Tonnen Stickstoff in Form künstlicher Stickstoffhaltiger Düngemittel. Der jetzige Bedarf beträgt mehr als 300.000 Tonnen, infolge Verringerung der Menge und Verschlechterung der Qualität des natürlichen Düngers, er kann auf 400-500.000 Tonnen erhöht werden, wenn auch die Vermehrung des Futteranbaus energisch in die Hand genommen wird. Die deut-

schen Stickstoffwerke sind zurzeit in der Lage, mehr als 380.000 Tonnen zu erzeugen, in kurzer Zeit an 500.000 Tonnen. Die tatsächliche Erzeugung beträgt nur rund 160.000 Tonnen. Die Minderung ist, nachdem Streik usw. aufgehört haben, ausschließlich auf Kohlenmangel zurückzuführen. Die Verminderung der Stickstoffherzeugung bewirkt, daß die Ernte des Jahres 1919 um rund 4 Millionen Tonnen Getreide oder um 20 Millionen Tonnen Kartoffeln geringer war, als sie sein konnte; das Fehlen von 200.000 Tonnen Stickstoff wird wiederum bewirken, daß die Ernte des Jahres 1920 um die gleiche Menge Getreide oder Kartoffeln geringer sein wird, als sie sein könnte.

Die Folgen dieses Mangels beeinträchtigen wesentlich die Volksernährung nach verschiedener Richtung. Die Erzeugungskosten der ungenügend beschafften und zu wiederholten Malen und teilweise Stillsitzen gezwungenen Werke werden mit den steigenden Löhnen und Kohstoffpreisen unerschwinglich hoch. So ist das Kg. Stickstoff von zwei Mark im Februar 1919 auf rund sechs Mark gestiegen. Schon dieser Preis erschwert die Anwendung des Stickstoffs bei den jetzigen Getreide- und Kartoffelpreisen, eine weitere Preissteigerung des Stickstoffs wird auch durch erhöhte Getreidepreise nicht ausgeglichen werden können.

Die volle Beschäftigung der Stickstoffindustrie würde die Steigerung ihrer Erzeugungskosten und folglich auch die Erhöhung der Produktionskosten der Landwirtschaft verhindern; die mögliche Vergrößerung der Stickstoffherzeugung über den deutschen Bedarf hinaus würde die an sich unbeschränkte Ausfuhr des Ueberschusses zu den dreifachen Inlandspreisen und damit eine Absenkung des inländischen Stickstoffpreises ermöglichen.

Ähnliche Verhältnisse liegen bei der Kaliindustrie vor. Diese erzeugt zurzeit kaum die Hälfte derjenigen Menge, welche nötig ist, um die deutsche Landwirtschaft voll zu beliefern und diejenigen Mengen zu exportieren, welche für den Austausch der allerwichtigsten Nahrungsmittel nötig sind.

Der Mangel an Stickstoff und Kali verringert nicht nur die Erzeugungsmöglichkeit der Landwirtschaft, sondern steigert damit auch ihre Produktionskosten, die bei vermehrter Erzeugung eine wesentliche Verminderung erfahren.

Dabei sind die für die Vollerzeugung in Frage kommenden Kohlenmengen im Verhältnis zu den vernichtenden Folgen, welche ihr Fehlen bei der Stickstoff- und Kaligewinnung nach sich zieht, außerordentlich gering. Die gesamte Anforderung der Stickstoffindustrie beträgt rund 2 Prozent der derzeitigen Steinkohlenförderung, die gesamte Anforderung der Kaliindustrie rund fünf Prozent der derzeitigen Braunkohlen- (Brikett-) Erzeugung.

Noch kann hier zum Teil wenigstens Abhilfe geschaffen werden, noch steht uns ein Zeitraum von vier bis fünf Monaten zur Verfügung, in welchem Dünger in den Boden gebracht und die Ernte 1920 erhöht werden kann. Die Stickstoff- und Kaliwerke können sofort voll arbeiten, wenn sie genügend Kohlen haben. Es darf aber kein Tag verloren gehen, wenn nicht unentgeltlicher Antheil zur Wirkung werden soll.

Kreditverhandlungen.

Berlin, 29. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ verbreitet die Meldung, daß Deutschland mit Dänemark und Schweden in Unterhandlungen getreten sei wegen eines Kreditabkommens ähnlich dem mit den Niederlanden abgeschlossenen.

Lloyd George und die Arbeiterpartei.

London, 29. Jan. Der englische Arbeiterführer Barnes ist aus der Koalitionsregierung Lloyd Georges ausgestiegen. Der Ministerpräsident suchte ihn eifrig zum Bleiben zu bewegen und versprach ihm den Posten eines Schatzministers. Barnes ging nicht darauf ein.

Ausgebung der irischen Bischöfe.

London, 29. Jan. (Wester.) Die römisch-katholischen Bischöfe von Irland haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die gefährlichen Zustände, die infolge der Unterdrückung und Beschränkung der nationalen Freiheit im Lande herrschen, beklagen und erklären, der einzige Weg, auf dem freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Irland hergestellt werden könnten, sei der, dem irischen Irland zu erlauben, sich eine Regierungsform zu wählen.

Wilson für die Unterstützung Oesterreichs.

Washington, 29. Jan. Präsident Wilson forderte den Schatzsekretär nachdrücklich auf, sich wegen eines Vorschusses von 150 Millionen Dollar für Kohlen für Deutsch-Oesterreich und Armenien an den Kongress zu wenden. Er könne nicht glauben, daß die Vereinigten Staaten nicht imstande sein sollten, dem Elend dieser Völker zu helfen.

Wilson wird sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu einem Winteraufenthalt nach Kalifornien begeben.

Rotterdam, 29. Jan. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß die Kohlenausfuhr aus den Vereinigten Staaten verboten worden ist.

Washington, 29. Jan. (Wester.) Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Mexiko, Fletcher, ist zurückgetreten.

Der Krieg im Osten.

London, 27. Jan. „Westminster Gazette“ meldet, einem Ausbruch des Roten Kreuzes sei erlaubt worden, sich nach Odeša zu begeben, um die Rot unter den Kriegsgesangenen in der letzten zu lindern. 60.000 von diesen Gefangenen sind bereits an Hunger und Krankheit zu Grunde gegangen. Der Rest, 40.000 an Zahl, stirbt schnell dahin.

Die „Times“ meldet aus Madagaskar, daß Hornad (Tscheche) sich in Charbin zum Oberbefehlshaber ausgerufen habe. Eine Eisenbahnabteilung mit Gold, die der Regierung Koltschals gehört, haben die Tschechen in Händen.

Tokio, 29. Jan. Das Kriegsministerium teilt mit, daß die Bolschewiken im Ussuri-Gebiet (Sibirien) wieder-

holt angegriffen haben, aber mit Leichtigkeit von den japanischen Truppen zurückgeschlagen worden seien.

Belagerungszustand in Rumänien.

Bukarest, 29. Jan. Im alten rumänischen Königreich ist der Belagerungszustand verhängt und die Grenzfür wieder eingeführt worden.

Anschlag auf Kairo.

Kairo, 29. Jan. (Havas.) Ein als Amateurphotograph verkleideter Mann versuchte, den Minister für die öffentlichen Arbeiten, Sirih Pascha, zu ermorden, indem er eine Bombe gegen ihn warf. Der Minister wurde nicht verletzt, obwohl sein Auto zertrümmert wurde. Der Attentäter konnte verhaftet werden.

Baden.

Karlsruhe, 29. Jan. Der Studentenausschuß der Technischen Hochschule richtete nach der „Bad. Landeszeitung“ an den an die Hochschule berufenen Direktor Max Mayer in Berlin ein Schreiben, daß sein Erscheinen an der Hochschule nicht erwünscht sei, da er Jude sei. Falls er der Berufung dennoch Folge leiste, werde er die Folgen zu tragen haben. Dr. Mayer überbandte das Schreiben dem Rektor, worauf dieser die Zurücknahme des Briefs verlangte. Eine Studentenversammlung beschloß aber, den Brief nicht zurückzunehmen.

Karlsruhe, 29. Jan. Ueber die Verhandlungen zur Uebernahme der Staatsbahnen durch das Reich erfährt die „Bad. Landeszeitung“, daß die Verhandlungen einen glatten Verlauf nehmen, sobald man annehmen darf, daß die Regierung der Personalfragen demnächst zum Abschluß gelangt. Es sei gelungen, in allen wichtigen Fragen eine Uebereinstimmung zu erzielen. Es sei ausgeschlossen, daß für Süddeutschland ungewöhnliche Bestimmungen eingeführt würden.

Karlsruhe, 29. Jan. Eine Vertreterversammlung der freien Gewerkschaften Badens forderte die Ortsgruppen auf, von den Unternehmern Stundenlohnzuschläge von nicht unter 1.50 Mark zu verlangen.

Stuttgart, 29. Jan. Die Kirchenräuberereien nehmen in erschreckendem Maße zu. Auch die hiesige katholische Kirche ist bei einem Einbruchsdiebstahl zweier Melche und einer Monstranz beraubt worden.

Mannheim, 29. Jan. Der 33jährige Tagelöhner Friedrich Georgi aus Fienheim, wurde zum Tode verurteilt. Georgi war schon als 20jähriger Burche wegen Notzucht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Mannheim, 29. Jan. In einer Schieberangelegenheit ist hier eine Kognafestung im Werte von 800.000 Mark beschlagnahmt worden. Als die Behörde die beschlagnahmte Ware von dem Speditur verlangte, bei dem sie lagerte, war sie verschwunden.

Hildesberg, 29. Jan. Seit letzten Samstag wird der 15jährige Bäckerlehrling Galm aus Asbach vermisst. Aus Landau ist ein Brief eingetroffen, durch den bekannt wird, daß der kräftige junge Mann Weibern der französischen Fremdenlegion in die Hände fiel.

Heidelberg, 29. Jan. In der letzten Nacht wurden aus dem Schuhwarenladen der Firma Johanna Friß bei einem Einbruch Schuhwaren im Gesamtwert von 30.000 Mark geklaut.

Freiburg i. Br., 29. Jan. Die Vereinigung Freiburger Redakteure teilte dem Stadtrat mit, daß die Schriststellungen sämtlicher Freiburger Zeitungen infolge harter beruflicher Manipulation nach dem Vorgang der Presseretreter in Konstanzen und Mannheim einmütig beschlossen haben, die Berichterstattung im Bürgerauschuß zulässig um 7 Uhr abends einzustellen bei Sitzungen, die um 3 Uhr nachmittags begonnen haben.

Stutteldorf, 29. Jan. Der 26jährige Elektromonteur Knöchel aus Erdmannsweiler ist in Königfeld verhaftet worden. Knöchel hat viele Diebstähle verübt und auch eingestanden, mit dem Schreiner Müller von St. Georgen den Brand des Amosens des Landwirts Martin Wehmann in Erdmannsweiler gestiftet zu haben. Müller ist neuer Spibube, der unter der Angabe, er sei Untersuchungsrichter von Ofterburg, in Reichenbach (Königsfeld) die Gemeindefasse um 5000 M. beschwindelte.

Württemberg.

Stuttgart, 29. Jan. (Vom Landtag) Abg. Hilfer (Bürgerp.) hat an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, bei der Reichsregierung Maßnahmen gegen den unhaltbaren Zustand zu beantragen, daß es dem Gewerbetreibenden durch die bestehenden Höchstpreise unmöglich gemacht ist, die neue Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent nach dem Willen des Gesetzes auf den Verbraucher zu übertragen.

Stuttgart, 29. Jan. (Die Feuerungszulagen vor dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß behandelte am Mittwoch die Feuerungszulagen. Unterbeamte mit einem Einkommen bis zu 1800 M. sollen monatlich erhalten in Stuttgart 500 M., in Ortsklasse II 450 M. und in allen übrigen Orten der Ortsklassen III und IV 375 M. Für die Einkommen bis zu 4800 M. werden in diesen drei Gruppen folgende monatliche Feuerungszulagen gewährt: 487.50 M., 425 M. und 350 M. Für die Einkommen über 4800 M. 475 M., 400 M. und 325 M. Der Aufwand für das laufende Vierteljahr bis 31. März 1920 beläuft sich auf 25 Millionen Mark. Die Erhöhung der Tarife für die Staatsarbeiter ist in dieser Summe noch nicht begriffen. Den Beamten usw. soll vorerst eine Abschlagszahlung ausbezahlt werden. Gegen die Verlegung der Forstlehranstalt Tübingen berichtet Abg. Scheef. Der Kultminister gab eine Darlegung über den Stand der Ver-

handlungen mit Baden und Hessen. Er hielt eine Rede, die nicht für angängig und sagte eine Aufklärung im „Staatsanzeiger“ zu. Die Vereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten über eine gemeinsame Anleihe bezogen erheblichen Schwierigkeiten. Zum Schluss der Verhandlungen kam der Wunsch des württ. Städteags zur Erörterung, eine Aussprache mit dem Finanzausschuss zu halten, um die Stimmung in der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Nach der Geschäftsordnung kann der Ausschuss Anordnungen nicht empfangen, weshalb auf eine andere Art die Aussprache stattfinden soll.

Stuttgart, 29. Jan. (Eine Kundgebung Erzbergers.) Die Redaktion des „Deutschen Volksblatts“ hatte nach dem Anschlag auf den Reichsfinanzminister in einem Telegramm an ihn ihrer Enttäuschung über den Anschlag und ihren Wünschen für baldige Wiedergenehmigung Ausdruck gegeben. Erzberger hat darauf am 27. Januar folgendes erwidert: Für freundliches Telegramm anlässlich des durch gewissenlose Hebe verursachten Anschlags gegen meine Person sage meinen verbindlichsten Dank. Reichsfinanzminister Erzberger.

Stuttgart, 29. Jan. (Falschmeldung.) Gestern abend wurde vom „Neuen Tagblatt“ durch Extrablatt bekannt gegeben, daß Erzberger gestorben sei. Das Blatt teilt heute mit, daß es durch eine ihm zugegangene Meldung irreführend worden sei.

Stutt., 29. Jan. (Straßenbahnerstreik?) Die Straßenbahner werden heute abend zu dem Angebot der Direktion über die Lohnerhöhungen und Zulagen Stellung nehmen und über den Ausmaß Beschlüsse fassen. Die Forderungen der Straßenbahner würden, wie berichtet, eine Mehrausgabe von 7 Millionen Mark bedeuten, während die neuen Tarifserhöhungen der Straßenbahn höchstens 2 1/2 Millionen einbringen werden.

Stuttgart, 29. Jan. (Lohnbewegung.) Die Friseurgehilfen verlangen zu den derzeitigen Tarifforderungen einen Zuschlag von 150 Prozent.

Stuttgart, 29. Jan. (Preiserhöhung.) Der Gaspreis soll vom 1. Januar ab von 55 auf 80 Pfg., der Strompreis von 90 Pfg. auf 1.30 Mark (Kilowattstunde) erhöht werden.

Jellbach, 29. Jan. (Das Schicksal eines Erholungsheims.) Im Jahr 1912 gründete die hiesige Arbeiterkassette auf dem Kappenberg das Erholungsheim „Walheim“. Im Vorjahr beschloß die Generalversammlung das Haus dem Verkauf auszugeben. Dieser Tage hat die Werkzeugfabrik Metzger das Anwesen um 37.000 Mk. erworben. Es soll abgebrochen werden.

Stillingen, 29. Jan. (Streik.) Die Lederarbeiter der Firma J. H. Moser hier und in Enzberg stehen wegen Differenzen über das Alfordsystem seit Mittwoch im Ausstand.

Leonberg, 29. Jan. (Kohlennot.) In Dyingen muß das Ziegelwerk infolge Kohlenmangels den Betrieb einstellen. Der 80 Mann starken Arbeiterschaft ist bereits gekündigt.

Kornwestheim, 29. Jan. (Erwischt.) Eine Diebesbande von 12 Personen, der bis jetzt 20 Einbrüche nachgewiesen sind, ist hier von Kriminalbeamten der Landespolizei ausgehoben worden.

Beßlingen, 29. Jan. (Ertrunken.) Metzgermeister Karl Bretz geriet in der Dunkelheit in die Enz und ist ertrunken.

Vietingheim, 29. Jan. (Kundgebung gegen die Auslieferung.) Ueber 100 Bürger aller politischen Richtungen veranstalteten am Montag abend eine Kundgebung gegen die Auslieferung Deutscher.

Grailsheim, 29. Jan. (Kein Mostauschank mehr.) Die hiesigen Wirte haben den Mostauschank eingestellt, weil der Gemeinderat ein Gesuch des Bezirksvereins um Erhöhung des Mostpreises von 60 Pfg. auf 1 Mk. das Liter abschlägig beschieden und nur 10 Pfg. Zuschlag zugestanden hat.

Wettendingen, O. M. Notzweil, 29. Jan. (Die Holzpreise.) Die Gemeinde erlöste aus ihrem Langholz 1022 Prozent des Nevierpreises. Käufer ist das Dampfzähwerk Andreas Koch in Troßingen.

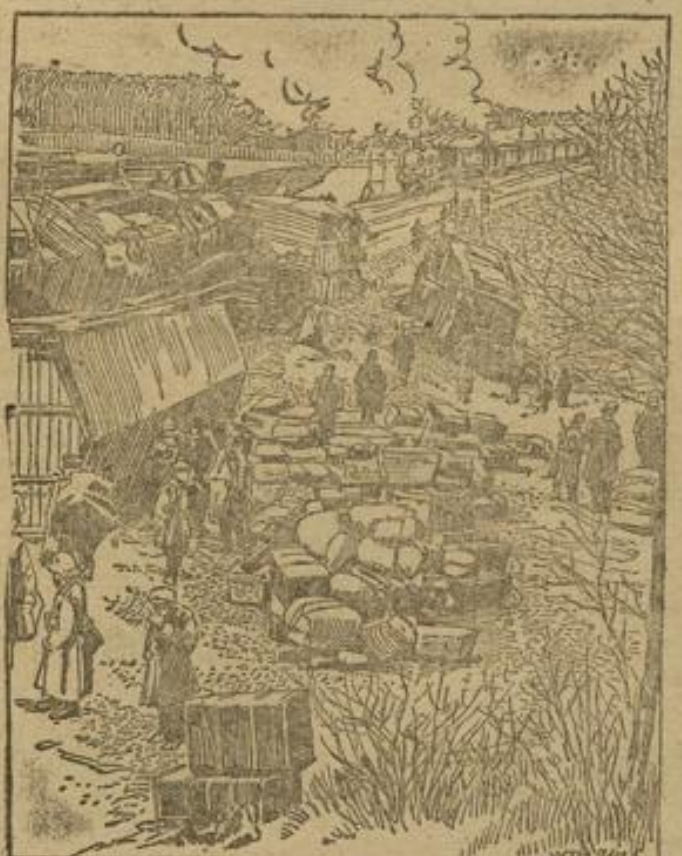
Esingen, 29. Jan. (Ausweisung.) Der kummunistische Gewerkschaftssekretär August Seebacher ist aus Württemberg ausgewiesen worden.

Schramberg, 29. Jan. (Unglücksfall.) Auf der Straße nach Tennerbrunn befindet sich eine enge, gefährlichere Wegbiegung, die Tenzelskürbe genannt. Dort hat sich schon mancher Unfall ereignet. Am Dienstag geriet das Fuhrwerk des Mühlenbesizers Sieber von Dunningen bei Blatteris ins Rutschen und das dreijährige Pferd, im Wert von 12.000 Mark, stieß auf einen Gelanderspösten auf und verendete. Der mit Sägmehl beladene Wagen stürzte in die Schlucht.

Vermischtes.

Die Papiernot. Eine Versammlung von über 360 Zeitungsvertretern in Paris setzte einen Ausschuss ein, der für die einheitliche Versorgung der Presse in Frankreich mit Druckpapier die erforderlichen Maßnahmen treffen soll. Die Regierung wurde gebeten, die Ausgabe und den Verkauf von Zeitungen von Sonntag mittag 12 Uhr bis Montag mittag 12 Uhr zu verbieten. Ferner soll die Einfuhr von ausländischem Papier, das von Spekulant an den Ländern mit tiefer Valuta bezogen und in Frankreich zu dem doppelten Preis des französischen Papiers verkauft wird, unterlagt werden. — Die Papiernot besteht also nicht nur in Deutschland. Sie wird sich aber allgem. nicht mit kleinen Mitteln beheben lassen. Neben der ausreichenden Versorgung der Papierfabriken mit Kohlen und Holz wird auch eine durchgreifende Einschränkung des Papierverbrauchs nötig sein. Es ist ganz und gar unnötig, daß in einer Zeit des größten Rohstoffmangels Zeitungen mit großer Auflage dreimal im Tage erscheinen und daß der Umfang einer Nummer 12 und mehr Seiten beträgt. Das ist in unserer Lage eine unzulässige Verschwendung. Der deutsche Verlegerverein hat vor einiger Zeit die Frage erwogen, ob nicht allgem. auf die Montagausgabe der Zeitungen verzichtet werden sollte. Die Anregung wurde von der Mehrzahl gebilligt. Es würde der Erwägung wert sein, ob damit nicht schon in Bälde begonnen werden könnte, solange die freiwillige Einsparung noch die Wirkung haben würde, die Papier- und Rohstoffvorräte zu strecken. Wenn nicht alles trägt, wird die Zeit kommen, wo derartige Einschränkungen und vielleicht noch weitergehende von selbst sich einstellen werden, weil kein Papier mehr da ist. Was soll man aber dazu sagen, daß Druckpapier ins Ausland, z. B. Italien und Frankreich, verkauft wird, wie wiederholt gemeldet wurde? Da wird doch der Herr Reichskanzler einmal dreinschauen müssen.

Erflossene Zehe. In der Kohlengrube Aple rbed (Westfalen) brachen am Mittwoch früh die Grundwasser durch, während 98 Mann der Nachschicht noch im Schacht sich befanden. Die Belegschaft war über 10 Stunden lang abgeschnitten. Nachmittags drei Uhr endlich gelang es, sie aus der gefährlichen Lage zu befreien. Der Betrieb ruht vorläufig auf der Zehe, die Belegschaft wird auf benachbarten Zechen untergebracht.



Die Trümmerrstätte der Eisenbahnkatastrophe bei Schneidemühl.

— **Hinaussetzung des steuerfreien Einkommens.** Nach dem Entwurf des Reichseinkommensteuergesetzes bleiben Einkommen bis 1000 Mark, das sogenannte Existenzminimum, steuerfrei. Der Steueraussschuss der Nationalversammlung hat in seiner Sitzung vom 28. Januar die Grenze auf 2000 Mark hinaufgesetzt; außerdem sollen für jede hinzutretende Person eines Hausstands weitere 500 Mark des Einkommens steuerfrei bleiben. Wenn dieser Beschluß von der Nationalversammlung angenommen wird, so hätte also z. B. in Zukunft ein Haushaltsvorstand einer Familie mit fünf Köpfen bei einem Einkommen von 6000 Mark

nur von einer Einkommenshöhe von 2000 Mark die Steuer zu entrichten, denn 2000 Mark sind für ihn selber steuerfrei und für die übrigen vier Familienglieder darf er je 500 Mark, zusammen 2000 Mark, vom steuerbaren Einkommen abziehen. Unterstaatssekretär Möhle machte darauf aufmerksam, daß nach diesem Beschluß viele Milliarden des Gesamteinkommens im Reich steuerfrei bleiben würden und das Ergebnis der Steuer entsprechend vermindert werde.

— **Die Bündelher sind fast völlig aus dem Markt verschwunden.** Kaum ist noch irgendwo eine Schachtel anzutreffen. Es kann kein Zweifel sein, daß hier die preistreibende Spekulation die Krallen wieder im Spiel hat wie vor kurzem bei den Zigaretten. Gibt es denn wirklich keine Mittel, dem schändlichen Wucher auf die Kälte zu kommen? Durchsuchungen von Häusern, Lagern und Fabriken und eventuell Beschlagnahme mit angemessenen Strafen müßten doch zum Ziele führen können.

— **Der Hornung.** Der Februar, der zweite und kürzeste Monat des Jahres, hat seinen Namen von der altromischen Reinigungsgöttin Februa erhalten und stellt den Säuber- und Reinigungsmonat dar. Karl der Große nannte ihn Hornung und dieser Name hat sich im Volksmund auch vielfach erhalten. Die Bezeichnung Hornung wird auf die in diese Zeit fallende Periode des Hörnens beim Wild zurückgeführt. Nach „Grimm“ ist Hornung anzusehen als eine Ableitung von Horn. Die Namen Scheffenmonat oder Narrenmonat beziehen sich auf die Festtagsarbeiten. Das Wetter im Februar wünscht sich der Landmann feucht und naß, denn „nasser Februar, bringt ein fruchtbares Jahr“. Dabei darf es nicht warm sein, sonst kommt die Kälte im März: Wenn im Hornung die Mädchen schwärmen, muß man im März die Fejen wärmen. — Die Tageslänge nimmt im Februar merklich zu, anfangs des Monats beträgt sie 9 Stunden 20 Min., Ende des Monats 10 Stunden 40 Min. Am 4. vormittags 10 Uhr beginnt der Vollmond, am 11. abends 10 Uhr das letzte Viertel, am 19. abends 11 Uhr der Neumond, am 27. morgens 1 Uhr das erste Viertel.

— **Heimkehr der Gefangenen.** Am Donnerstag nachts trafen die ersten Gefangenen aus Frankreich, 156 Mann, in Berlin ein. Es sind größtenteils geborene Berliner. Zwei weiterezüge langten mittags an. Gestern trafen 1000 befreite Gefangene im Durchgangslager Eglosheim (Ludwigshafen) ein.

Der holländische Dampfer „Roskau“, der mit 400 aus Amerika ausgewiesenen polnischen Staatsangehörigen in Danzig eingetroffen ist, ist nach Rouen abgegangen, um 450 Deutsche, die in Ungar und auf Korfika interniert waren, nach Flensburg und Sonderburg zu bringen, damit sie an der Abstimmung in Schleswig teilnehmen können.

Admiral Reuter, der Befehlshaber der deutschen Flotte vor Scapa Flow, befindet sich nach dem Londoner „Globe“ auf der Heimreise nach Deutschland. Admiral v. Trotha ist von Berlin nach Wilhelmshaven gereist, um die heimkehrende Flottenbesatzung zu begrüßen.

— **Das Besoldungsgezet für Beamte wird trotz der Erkrankung des Reichsfinanzministers weiter bearbeitet und soll bald zum Abschluß kommen.**

— **Andprägung von Reichsmünzen.** Im Dezember wurden in deutschen Münzstätten geprägt für 578 468 Mk. 40 Pfg. eiserne Fünfpiennigstücke, für 1 429 052 Mk. 60 Pfg. Zehnpiennigstücke aus Zink und für 2514 201 Mk. Fünfzigpiennigstücke aus Aluminium.

— **Im Postverkehr mit der Rheinpfalz treten von jetzt an die allgem. deutschen Postbestimmungen wieder in Kraft mit Ausnahme der zum Saargebiet gezogenen Landesteile.**

An unsere verehrl. Abonnenten!

Die augenblicklichen Verhältnisse des Bargeld-Verkehrs veranlassen uns, in den nächsten Tagen die Abonnementsgebühr für die Monate

Januar und Februar

durch unsere Austrägerinnen einzulassen und bitten wir unsere geschätzten Bezahler, davon Kenntnis nehmen zu wollen.

Der Verlag.

Stotternde. Das Schwierigste aller Sprachgebrechen ist das Stottern. Durch mehrfach erfolglos mitgemachte, kostspielige Kuren und Anlauf von Apparaten, die im Mund und auf dem Körper zu tragen sind, mißtraulich geworden, glaubt der Stotterer, daß ihm von seinem schweren Leiden nicht mehr geholfen werden könne. In Pforzheim, Dillsteinterrasse 8 a (Eingang Enzstraße, Cafe Heim), befindet nunmehr ein Spezialinstitut unter Leitung eines erfahrenen Sachmannes, woselbst Stotternde ohne Altersunterschied und Berufsrichtung von ihrem Quälquäl befreit werden. Siehe Inserat.

Ärztliche Mitteilung!

Ortsübliche Mindesttaxe für die Privatpraxis (gültig ab 1. Januar 1920 bis zur Neuregelung)

1. Besuch (im Ort)	Mk. 8
Jeder weitere Besuch (in derselben Krankheit)	Mk. 6
Jede Beratung	Mk. 5
Jeder Nachtbesuch und Eilbesuch	Mk. 16
Jede Nachtberatung	Mk. 10

Auf die Verrichtungen der Gebührenordnung im allgemeinen eine Erhöhung von 150 Prozent.

Ärzteverein für das Oberamt Neuenbürg.

Bauarbeiter-Verband Wildbad.

Morgen Sonntag, den 1. Februar nachmittags 2 Uhr

Versammlung

im Gasthaus zum „Grünen Hof.“ Das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig. Der Vorstand.

Bruchleidende

Mein federloses, Tag und Nacht tragbares Bruchband Extra-bequem, seit 1894 eingeführt und glänzend bewährt, hält selbst veraltete Brüche mit sanftem Druck von unten nach oben sicher zurück. Zahlreiche Zeugnisse. Leib- und Vorkleidbinden, Geradenhalter, Suspensorien-Baumstrümpfe. Zwecks Anpassung ist mein langjähriger Vertreter wieder anwesend in Pforzheim. Donnerstag, 5. Februar, 9—3 Uhr, Hotel 3 Plume 2. Bogisch, Bruchbandspz. Stuttgart, Schwabstraße.

„Alte Linde“.

Sonntag von 3 Uhr ab
grosse öffentliche



Tanz- & Unterhaltung

Zu regem Besuche ladet ein
Wilh. Kull.

In reichhaltiger Auswahl neu eingetroffen:
Farbige Hemdenflanelle
 Ungebleichtes Baumwolltuch
 Bedruckte Velour für Kleider
 und Unterröcke
Musselin für Waschkleider
 Weiße u. farbige Batiste
 Gardinen
 Damen-Sportjacken in reiner Wolle
 Bozener Mäntel
 Normalhemden.
Ph. Bosch Nachf., Wildbad
 Telephon 32.

Turnhalle Wildbad.



Oeffentliche
Versammlung
 der Württemberg. Bürgerpartei
 am Samstag, den 31. Januar
 abends 1/2 8 Uhr.

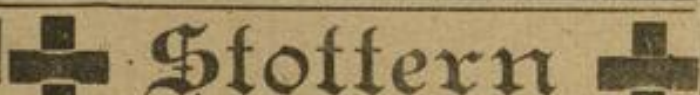
Redner: Landtagsabgeordneter Bazille.
 Thema: Unsere politische Lage.
 Freie Aussprache.
 Jedermann, auch Frauen, herzlich eingeladen.



Schützenverein Wildbad.
 Sonntag, 1. Februar
 von nachm. 2 Uhr an
Übungsschießen
 Das Schützenmeisteramt.

Rheumatismus
 Gebe kostenfr. Auskunft wie Sie in 8-10 Tagen davon befreit werden.
 P. Bensch, Karlsruhe
 l. B., Seminarstrasse 7.
 Rückporto erbeten.

Kath. Gottesdienst.
 Sonntag, 1. Februar
 10 1/2 Uhr heil. Messe mit Gesang.
 7 1/2 Uhr Christenlehre u. Andacht.
 Montag keine hl. Messe, an den
 übrigen Wochentagen 7 1/2 Uhr
 hl. Messe.
 Beichte: Samstag von 3-5 Uhr.
 Kommunion: Sonntag nur 10 1/2
 Uhr, an den Wochentagen bei
 der heil. Messe.



Stottern
 Angitgefühl, Stammeln, Näseln, Pöppeln und andere
 Sprachstörungen beseitigt erfahrener Spezialist unter
 Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler
 ergab, ohne Berufsstörung in kurzer Zeit. Keine Apparate
 die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc.
 (Einzelbehandlung.) Amtlich beglaubigte Dank-
 schreiben Heiliter liegen zur Einsicht auf. Nicht zu ver-
 wechseln mit minderwertigem Angebot.

Südd. Spezialinstitut für Sprachstörungen
 Zweigdirektion für Baden Pforzheim
 Dillsteinerstrasse 8a. (Eingang Engstrasse Café Heim.)
 Sprechstunden: Werktags und Sonntags 11-1 Uhr.



**Kinderwagen Sportwagen
 Kindermöbel Leiterwagen**
 sowie einzelne Näher in nur besser
 260 - Ausführung -
Lederwaren, Koffer u. Reiseartikel,
 empfiehlt
Wilh. Proß, Pforzheim
 Carl Zerrener u. Baumstr. 17

Bestellungen auf
**Dünger-gips
 und -Kalk**
 nimmt entgegen
Julius Schmid,
 Gipfermeister.

Ein noch gut erhaltenes
Fahrrad
 mit Stahlfederbereifung
 sowie ein paar neue
Ledergamaschen
 sind zu verkaufen.
 Wer, sagt die Expedition.

Ein neues
Plüschsofa
 hat zu verkaufen.
 Wer, sagt die Expedition.

Frauen
 schützen sich sicher vor
 unerwünschten Umstän-
 den. Vorz. ärztl. emp-
 foblenes Präparat. Pro-
 spekt kostenlos und ver-
 schl.
 Spezialitäten-Vertrieb
 „Salus“
 Seilbrunn a. N.

Kaufe dauernd Hühner
 zahle höchste Preise.
Cornbach, Köstl-Sülz 54
 Regulusstraße 58.



Kopfläuse beseitigt
 radikal
 „Naarment“. Reinigt und er-
 frischigt vorzüglich die Kopfhaut
 entfernt die lästigen Schuppen.
 Bei Gebr. Schmit, Grundner
 Nachf., Drogerie Wildbad.

Preissteigerung
 Fuchsfelle
 400 Mk. u. mehr
 Marderfelle
 450 Mk. u. mehr
 Katzenfelle
 20 Mk. u. mehr
 Feldhasenfelle
 bis 20 Mk.
 Stallhasenfelle
 bis 11 Mk.
 Eichhorn 3 Mk.
 Maulwurf weissleder
 5 Mk.
 Rehfelle 50 Mk.
 Obige Preise
 bezahle jetzt für gute-
 handelte Winterfelle.
**Weißgerben v. Fellen
 aller Art.**
E. Maildhofer
 Moderne Tierausstopferei
 Pforzheim Lindenstr. 52
 Telephon 1501. (375)

Turnverein Wildbad.
 Heute Abend
keine Singstunde
 dagegen nächsten Samstag
 präzis 8 Uhr im Hotel
Palmengarten.
 Zahlreiches Erscheinen der
 Sänger notwendig.
 Der Vorstand.

Turnverein Wildbad.
 Heute Abend
keine Singstunde
 dagegen nächsten Samstag
 präzis 8 Uhr im Hotel
Palmengarten.
 Zahlreiches Erscheinen der
 Sänger notwendig.
 Der Vorstand.

Turnverein Wildbad.
 Heute Abend
keine Singstunde
 dagegen nächsten Samstag
 präzis 8 Uhr im Hotel
Palmengarten.
 Zahlreiches Erscheinen der
 Sänger notwendig.
 Der Vorstand.

Die Militär-Kuranstalt Wildbad
 hat im Wege der öffentlichen Verdingung den Bedarf an
 Lebensmitteln:
**Fleisch-, Wurst- und Backwaren, Bier, Mineral-
 wasser, Gewürze, frische Gemüse usw.**
 am Freitag, den 6. Februar 1920, vormittags
 10 Uhr für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31.
 März 1921 zu vergeben.
 Die Bedingungen liegen zur Einsichtnahme im Geschäfts-
 zimmer der Militär-Kuranstalt Wildbad auf.
 Schriftliche Angebote, mit Mustern soweit möglich,
 sind bis zu oben genanntem Zeitpunkt einzureichen.
 Die Angebote sind prosentual zum jeweiligen hiesigen
 Marktpreis, der den Höchstpreis nicht übersteigen darf, zu
 berechnen.

Hotel Palmengarten.
 Sonntag, den 1. Februar.
 von nachm. 2 1/2 Uhr ab
**öffentliche
 Tanz-
 Unterhaltung.**

Wildbad.
Versteigerung
 Am Montag, den 2. Februar von vorm. 9 1/2 Uhr
 ab werden in der Gartenwirtschaft „Rosenan“ folgende
 Gegenstände gegen Barzahlung verkauft:
 1 Bierbüffel mit Eiskasten, 1 langer Tisch mit
 3 Schubladen und Kasse, Porzellan, 12 Dutzend
 Kaffeetassen, Kaffee-, Tee- und Milchkannen,
 Platten und flache Teller, Wein-, Bier-,
 und Wassergläser, 1 und 1 1/2 Literflaschen, 1/2 Liter-
 gläser, Sauermilchgläser, ca. 100 silberne Eß-
 und Kaffeelöffeln und Gabeln, 8 Dutzend Eß-
 bestecke und Dessertmesser, Servierbreiter, Kaffee-
 und Milchkannen (Nickel) und sonst noch vieles
 Wirtschaftstageräte. Ferner 1 Gewehrkasten mit
 14 versch. Robert-Gewehren, Pistolen, Luft-
 gewehren und Scheiben, 1 kl. Schreibtisch,
 1 Bettlade mit Koff. 1 starker Handkarrn,
 Spiegel, Tischdecken usw.
 Liebhaber sind eingeladen.
Christof Treiber.

Letzte amtliche Kurse
 (ohne Gewähr) mitgeteilt von der
Direction der Disconto-Gesellschaft
 Zweigstelle Wildbad
 früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.		Pfundbriefe.	
5% Deutsch. Reichsanleihe	77 50	4% D. Hypothekenbank	99.-
4% dergl.	84.80	(Berlin) per 1921	99.-
3 1/2% dergl.	88.25	4% Frankt. Hypothekenbk.	99.50
3% dergl.	83.25	3 1/2% dergl.	99.50
5% I. Deutsche Schatzanw.	99.90	4% Frkt. Hypoth.-Credit v.	101.00
5% II. dergl.	92.10	3 1/2% dergl. - Serie 45 -	101.-
5% III. dergl.	92.-	4% Hamburger Hypothbk.	101.-
4 1/2% IV. u. V. Deutsche		4% Meiningen Hypothbk.	108.50
Schatzanweisungen	76.75	1921/22	
4 1/2% VI.-IX. dergl.	72.50	4% Mitteld. Boden.-Credit	103.-
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924	82.70	Grelz/Fft. per 1922	93.-
4% Preuss. Konsols	62.-	4% Preuss. Contr.-Bod.-Cr.	102.-
3 1/2% dergl.	51.25	per 1922	102.-
3% dergl.	48.-	3 1/2% dergl. von 1888/96	105.-
4% Rad. Staats-Anleihe v.	78.-	4% Rhein. Hypothekenbk.	105.-
1908/14		3 1/2% dergl. - verlosbar -	92.-
4% dergl. von 1919	78.-	3 1/2% dergl. - unverlosbar -	92.-
3 1/2% dergl. v. 1892/94	62.-		
3 1/2% dergl. von 1907	62.-	Industrie- Obligationen.	
4% Bayer. Eisenbahn-Anl.	69.50	4 1/2% Bad. Anilin-u. Sodaf.	110.-
3 1/2% dergl.	57.50	4 1/2% Maschinenf. Essling.	103.-
4% Hess. Staats-Anleihe v.		4 1/2% Stuttg. Strassenbahn	101.-
1899/1909			
3 1/2% dergl.	77.50	Aktien.	
4% Württ. Staats-Anleihe	75.90	Badische Anilin	605.-
3 1/2% dergl. v. 1875	70.-	Roehmer Gusstahl	321.75
3 1/2% dergl. v. 1879/80	70.-	Brauerei Tivoli	135.-
1885/95		Brauerei Wulle	137.-
3 1/2% dergl. v. 1881/85. L-O	61.50	Chem. Fabrik Griesheim	820.-
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	60.10	Daimler Werke	359.50
3% dergl.	57.50	Deutsche Bank	294.-
		Deutsche Verlagsanstalt	325.-
Städte-Obligat.		Disc.-Kommandit Anteile	209.-
4% Esslinger per 1919	93.-	Gelsenkirchener Gusstahl	500.-
4% Stuttgarter p. 1913/16	98.-	Hamburg-Amerika Paketf.	158.-
3 1/2% dergl. per 1912	84.50	Harpener Bergbau	381.-
		Gebr. Junghans	425.-
Pfundbriefe.		Maschinenfabrik Esslingen	295.-
4% Württ. Hypothekenbk.	103.-	Nordd. Lloyd	181.-
1908/23		Württemberg. Hypothekenbank	172.-
3 1/2% dergl. - verlosbar -	90.50	Württemberg. Kattunmanufaktur	250.-
3 1/2% dergl. per 1912/15	84.50		
4% Württ. Kreditverein	103.-	Devisen.	
3 1/2% dergl. - ganzjährig -	98.-	Deutsch-Oesterreich	80.75
3 1/2% dergl. - halbjährig -	90.-	Holland	8300.-
4% Bayer. Hypotheken-u.		Norwegen	1500.-
Wechselbank	103.75	Schweden	1850.-
4% dergl. - unverlosbar -	88.50	Schweiz	1500.-
3% D. Grundkreditbank			
Gotha, Abt. 19	98.75		

Gv. Gottesdienst
 Sonntag, 1. Februar.
 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer
 Dr. Federlin.
 10 1/2 Uhr: Freim. Sonntagsschule.
 Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die
 Söhne: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Gv. Gottesdienst
 Sonntag, 1. Februar.
 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer
 Dr. Federlin.
 10 1/2 Uhr: Freim. Sonntagsschule.
 Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die
 Söhne: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

